

# agung.

Herzlicher Teilnahme, in unserm lieben Gatten, und Großvaters

# Bäckermeister

Herliche Beizbegleitung, des Herrn Stadtpfarrers, Belang des Ver. Wiedererhebungen des Militärs den herzlichsten Dank.

# Hinterbliebenen.

# Hausfrauen!

Deutschen Drog. Verbandes... Mittel verhältnismäßig am... kaufen, empfehlen wir... nachstehende Artikel:

- er, Salmiakgeist, Serpentinöl
- Sannarinde, Stoff-Farben,
- Bodenwische u. Stahlspäne,
- garantiert 20% Fett-
- Garantol, Sierereinmachen,
- Gebrauch, Strohhüte in
- im Reinigen der Strohhüte
- s mehr.

# Gebr. Benz

tr. Telefon 122.

# Einladung.

mit Verwandte, Freunde... am 18. Mai 1921

# Sara Brenner

geb. Dingler, Pfingstochter des Fr. Dingler, Gemeinde... 12 Uhr.

# Einladung.

den Wechtung beehren... am 18. Mai 1921

# Barbara Betisch

geb. Köhler, Tochter des... 12 Uhr.

# Karten

Auswahl bei... handlung, Nagold.

Einzel an jeden Best... Beschlüssen... als Vorboten entgegen.

Preis einschließlich die... mit Inklusiv M. 12... auswärts 12.45

Wachstums-Gebühr für die... wachspalige Seite aus ge... über Sachh. oder... deren Raum von einm... per Einrückung 50 P... bei mehrmaliger Rück... nach Text. Bei gericht... Bezeichnung u. Konkur... ist im Rabatt einb... 12

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Copyright 1921

Verlagstagung 24

Nr. 109

Freitag den 18. Mai 1921

95. Jahrgang

### Das deutsch-russische Handelsabkommen.

Dem Abkommen der russischen Sowjetregierung mit England über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen ist trotz der Absicht eines Handelsabkommens mit Deutschland gefolgt. Es ist eine vorläufige Regelung, welche die Aufnahme der Handelsbeziehungen ermöglichen soll, bis ein endgültiger und in Breite und Tiefe gehender Handelsvertrag diese einseitigen Beschränkungen erleichtert.

Wird dem Abkommen mit England verfolgt dasjenige, das mit Deutschland geschlossen wurde, hauptsächlich wirtschaftliche Zwecke. Das ist für beide Teile wichtig: für Russland, weil es in seiner seit fast vier Jahren bestehenden Auskultung aus der europäischen Wirtschaft auf die Dauer doch zu Grunde gehen müßte — ein anderes Land von anderer wirtschaftlicher Struktur wäre wahrscheinlich schon zu Grunde gegangen — für Deutschland, weil wir je mehr der Westen und bedrängt und von den Weltmärkten abdrängt, verschunden müssen, in den gewaltigen Gebieten unserer östlichen Nachbarländer, zu denen wir geographisch, historisch und vermöge unserer wirtschaftlichen Leistungen die nächsten Beziehungen beanspruchen können, unsere Kraft zu verlieren. Der antikapitalistische Gedanke, aus dem heraus die russische Sowjetrepublik geboren wurde, besteht zwar als Lehre noch in starrer Rechtsabstufung fort, in der wirtschaftlichen und politischen Praxis aber haben sich die Sowjetdiktatoren längst den härteren Tatsachen gebeugt, und mehr und mehr haben sie nicht nur für die Wiederaufnahme der russischen Wirtschaft kapitalistische Methoden angenommen, sondern erweitern auch ganz im alten kapitalistischen Stil Konzeptionen zur Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes an ausländische Kapitalisten. Das geschieht natürlich nicht dem Kapitalismus zu Liebe, und man tut den Moskauer wohl kein Unrecht, wenn man vermutet, daß sie dabei denken, sobald es geht, werde man mit diesen kapitalistischen Konzeptionen ja doch auf die eine oder andere Art fertig werden. Aber ob es gehen wird, ist eben die große Frage und für den Augenblick ist eben ohne Kapitalismus nicht auszukommen. Das sagt Lenin selbst. Er hat vor einigen Tagen demontieren lassen, daß die Sowjetregierung Herrn Sinnes eine Konzeption gegeben habe, aber er hat die Einladung daran geknüpft, wenn Sinnes käme, würden wir sie ihm gerade so gut geben wie jedem anderen". Was dabei aus dem Volksweltwitsch wird, ist eine Sache für sich, und wie wohl der Wille eines bedeutenden Menschen viel ist, so ist er doch nicht alles.

In dem Abkommen mit England trat besonders in der begründeten Einleitung die politische Bedeutung klar hervor. Man wußte, die Sowjetregierung wollte eine Anerkennung, wenn auch nur als Regierung de facto. Diese hat sie erlangt und das ist ihr in der damaligen Lage sehr zu stimmen gekommen. England hingegen wollte in den Gebieten Vorderasiens eine gewisse Sicherung gegen das immer bedrohlichere Vormarschreiten Sowjetrusslands. Das Abkommen enthält ausserordentliche Bestimmungen gerade hierüber, die aber nicht verhindern haben, daß Tschitscherin fast am gleichen Tage Verträge mit Persien und Afghanistan abschloß, die ungefähr in entgegengekehrter Richtung liefen und England aus diesen Gebieten hinausmanövrieren. Das Abkommen mit Deutschland hat eine solche unmittelbar politische Tendenz nicht. Daß damit die Moskauer Regierung auch von Deutschland formal anerkannt wird, ist freilich eine für Moskau glänzende Tatsache politischer Charakter. Für Deutschland ergeben sich so unmittelbar politische Folgen aus dem Abkommen nicht. Wohl aber ist es für uns von höchster innerpolitischer Bedeutung, daß die Abmachung, wonach die Vertreter der beiden Staaten sich jeder Ratifikation und Propaganda gegen die Regierung und die staatlichen Einrichtungen des Auslandes enthalten zu enthalten haben, streng eingehalten wird.

Daß die deutsche Regierung, wenn auch ährend und nicht immer verständlich in ihren Absichten, ja einen herghalten Schritt getan hat, um nach Osten hin die Sperre zu durchbrechen, ist zu begreifen. Sie folgt damit der Notwendigkeit des Augenblicks, aber auch historischen und kulturellen Gesetzen. Zu wünschen ist, daß die wirtschaftlichen Wirkungen des Abkommens sich hüben erweisen, daß sie zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas und zur Festsetzung der Atmosphäre von Mitteleuropa, daß und Verbleibung beitragen mögen, die noch allenthalben verbreitet ist. Wie weit das Abkommen sich auch politisch auswirken mag, das wird sehr von der Einwirkung und dem handlungsreichen Willen der Bräute abhängen, denen Deutschlands Schicksal in den nächsten Jahren anvertraut sein wird. Aber das ist ja für uns überhaupt die verhängnisvolle Frage an die Zukunft.

### Das neue Reichskabinett im Lichte der Auslandspresse.

Paris, 12. Mai. Die franz. Presse hat die Entwicklung der deutschen Kabinettskrisis mit dem größten Interesse und mit der ganzen Routine einer langen partipolitischen und parlamentarischen Erklärung verfolgt. In den Kommentaren über das neu gebildete Kabinett zeigt sich wiederum die hohe politische Schulung des französischen Journalismus. Abgesehen von dem in Paris erscheinenden englischen Blatt und von den beiden in Paris erscheinenden amerikanischen Blättern,

die alle drei mangels genügender Kenntnis der Verhältnisse Deutschlands sich jeden Urteil enthalten, sind heute die Pariser Blätter reich an interessanten Feststellungen über das neue Kabinett als solches und über die Verlen des neuen Kabinetts. „Welt Parisien" sagt: Man weiß, daß Dr. Wirth als „alter ego" (anderes Ich, Red.) von Erzberger gilt. Mit dem Bizetankterposten, mit dem Handelsministerium und besonders mit dem Innenministerium haben sich die Sozialdemokraten eine erstklassige Kolke zugeeilt. Ein solcher Blick auf die Ministerliste befähigt die Aufklärung, daß in der Frage der Entlohnung und besonders in der Frage der Steuererfolge von Seiten der 125 Abgeordneten der beiden konfessionellen Parteien eine heftige Opposition sich bemerkbar machen wird und von Seiten der Unabhängigen und der äußersten Linken dauernde Kritik. Das Kabinett Wirth hat eine Mehrheit von 20-30 Stimmen und wird infolgedessen auf Grund des rechtswidrigen Widerstandes keine feste Regierung sein können. Es wird nur lebensfähig sein, wenn man ihm im Ablande seine Aufgabe etwas erleichtert. Das Kabinett Wirth stellt vielleicht gegenüber die am wenigsten schlechte Kombination dar, wenn man Deutschland nicht den Situations, Heilreich, Ludendorff u. Konsortien ausliefern will. — Das „Journal" schreibt: Die Drohung der Zwangsmassnahmen und die Gewissheit, daß man auf kein Nachgeben rechnen kann, hat im deutschen Volk das Ohr für die aufsteigende Rede der Altkämpfer verschlossen. Die Entente verdammt dieses päpstliche Ergebnis der Energie der französischen Haltung. In gewissen deutschen Kreisen sagt man dem Kabinett nur eine kurze Dauer voraus, aber Wirth ist sehr fein und sehr geschickt und er wird nicht verfehlen, die Schwierigkeiten, die er auf dem Wege vorfindet, zu überwinden. — „Berliner" schreibt im „Echo de Paris", ob die Mehrheit sozialdemokratisch an der Regierung teilnehmen oder ob die Sozialpartei sie erhebt, das Verhängnis der Vorübergehenden andere ist nicht. Es sei kein Anlaß vorhanden, auf eine plötzliche Bekehrung des deutschen Volkes u. seiner Führer zu rechnen.

### Die Auslandspreise zur Annahme des Ultimatus.

London, 12. Mai. Zu der Annahme der Bedingungen der Alliierten durch Deutschland schreibt „Westminster Gazette", die Lage sei jetzt sehr geklärt. Die Deutschen hätten das vernünftigste und logischste eingige getan, was sie tun durften. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde für Deutschland eine Katastrophe bedeuten haben. Die Bedingungen der Alliierten hätten Deutschland eine Gesamtverpflichtung auferlegt, die sich weit in die Zukunft erstreckt und deren Höhe wahrscheinlich weit außerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liege, wie der Zeitraum, in dem die Zahlungen geleistet werden müßten, außerhalb des Horizonts liege, bis zu dem die jetzigen Politiker sehen können. Ein großer Teil des Planes sei jedoch bedingt durch die Entwertung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die sofortigen Zahlungen würden wohl für Deutschland nicht unmöglich sein. — „Ball Ball and Globe" erklärt, das deutsche Volk habe sich immer letzter Behandlung in das deutsche Ja vermandelt. Das deutsche Volk werde im großen und ganzen angefaßt der Geschichte der letzten Jahre einsehen, daß der Wille und die Macht der Alliierten eine Willkürlichkeit seien. — Der „Star" schreibt, wenn die Absicht auf Belegung des Ruhrgebietes bestanden hätte, so müßte sie jetzt, wo Deutschland die Bedingungen der Alliierten angenommen habe, aufgegeben werden. Der Friedensvertrag, der Deutschland so richtige Kosten auferlege, könne wie Reichstänzer Wirth mit Recht gesagt habe, auch heilige Pflichten für die alliierten Regierungen. Eine der ersten und dringendsten dieser Pflichten sei, dafür zu sorgen, daß Deutschland in der oberschlesischen Frage fair play zuteil werde. Die Gerechtigkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Oberschlesiens und schließlich die Interessen der Alliierten förderten, daß den Ansprüchen der Polen entgegengetreten werde. Wenn Deutschland zahlen sollte, so müßte es jetzt im Frieden geschlossen werden, um im Schwere seines Angefaßtes seine nationale und wirtschaftliche Neugestaltung durchzuführen. — Selbst das Reichs-Blatt „Vening News" nennt die Worte, mit denen Dr. Wirth im Reichstag die Notwendigkeit der Annahme des Ultimatus der Alliierten begründete, fair.

### Oberschlesien.

#### Korfanys Demarkationslinie.

Warschau, 12. Mai. Die „Oberschlesische Post", eine in Warschau in deutscher Sprache erscheinende politische Zeitung, meldet, daß polnische Kommando veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Auf Grund einer Vereinbarung der obersten Leitung der Truppen der Alliierten mit den alliierten Behörden sind die militärischen Operationen eingestellt und eine Demarkationslinie festgelegt worden, auf welcher die Alliierten die Kontrolle haben. Diese Linie entspricht voll den Stellungen, welche die Alliierten besetzt halten. Die interalliierten Behörden haben die Garantie übernommen, diese Linie aufrecht zu erhalten und den Waffenstillstand durchzuführen. Die Demarkationslinie läuft längs der Oder bis zur Fähre von Dzierzow, darauf durch Randzisz, westlich von Lesz, Groß-Strelich und Kolonowka, östlich von

Guttentag durch Bohanemij (Kreis Rosenber) bis zur polnischen Grenze. Der Chef des Stabs: Borowski. Der Führer der Gruppe: Op: Sant.

### Die vollständige Nachgiebigkeit gegen Korfanys.

London, 12. Mai. Die Times melden aus Brüssel, die Verhandlungen zwischen der internationalen Kommission und den polnischen Alliierten hätten zu der Anerkennung der Korfanys Linie als Demarkationslinie der Aufstandsbebewegung geführt. Die internationalen Kommission übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebiets. Die Alliierten schickten jedoch die Kontrolle der Eisenbahn. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demarkation der Alliierten in Oberschlesien vollständig. Der Times zufolge hätten Worte die Echtheit und Enttäuschung der britischen und italienischen Vertreter nicht schüßern. Seit Monaten sei die Parteinahme der Franzosen zu Gunsten der Polen bekannt.

### Korfanys Pläne.

London, 12. Mai. „Daily Mail" zufolge erklärte Korfanys in einer Unterredung mit dem Berichterstatter dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annektieren würden, besetzt halten.

### Ratibor und Rattowig bedroht.

Breslau, 12. Mai. Die „Schlesische Volkszeitung" meldet: Ratibor ist seit gestern Mittag von den Polen umzingelt. In Rattowig wurde der Einmarsch der Polen Mittwoch abend erwartet.

### Eine Konferenz zur Besprechung der oberschlesischen Frage.

Berlin, 12. Mai. Nach einer Meldung aus Paris erwartet man vor dem 1. Juni eine Zusammenkunft des Obersten Rates, auf welcher auch die Vereinigten Staaten und Deutschland vertreten sein sollen. Diese Konferenz, die entweder in Belgien oder Italien stattfinden solle, werde die Zahlungsweise und die oberschlesische Frage besprechen.

Inzwischen feiern die Polen Siegesfeste und in der „Oberschlesischen Bewegung" wird ein Tagesbefehl des Kommandeurs der Gruppe Ost veröffentlicht, in dem es kipp und klar heißt: Ihr müßt nicht vergessen, daß der Kampf noch nicht zu Ende ist. Wir müssen weiterhin hart und bereit zur Abwehr jedweden Angriffes sein.

### Kleine politische Nachrichten.

#### Der Völkerverbund und das österreichische Problem.

Genf, 12. Mai. Die Finanzkommission des Völkerverbundes wird am 20. Mai in London zusammenzutreten, um den Bericht der nach Wien entsandten Untersuchungskommission über die Finanz- u. Wirtschaftslage Österreichs zu prüfen. Man hofft, daß bis dahin die Antworten der Alliierten und der anderen Regierungen auf das ihnen überhandte Projekt der finanziellen Wiederaufrichtung Österreichs eingegangen sein werden. Die Finanzkommission hat darin den Mächten die Maßnahmen mitgeteilt, die die Mächte zu treffen hätten, damit der Völkerverbund sich mit Aussicht auf Erfolg mit dem österreichischen Problem beschäftigen können, mit dessen Behandlung die hauptsächlichsten alliierten Mächte im März betraut haben.

#### Vormärche Wrangels gegen die franz. Regierung.

Wien, 12. Mai. Die Konstantinopeler Zeitung „Stambul" veröffentlicht einen Brief Wrangels an die französische Regierung, in dem Wrangel Frankreich ein unehrliches Spiel mit der Flottenflotte vorwirft und sagt, Frankreich habe die Flottenflotte in eine preiswerteste Lage gebracht, um die russische Flotte in die Hand zu bekommen und das Verben von Jehanawenden russischer Soldaten auf dem Gewissen, die auf Frankreichs Befehl in den Kampf gezogen seien.

#### Die Verlängerung des Militärdienstes in Schweden abgelehnt.

Stockholm, 12. Mai. Nachdem beide Kammern des Reichstags gestern die Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung der Dienstzeit der Jahrgangsklasse 1921 abgelehnt hatten, hat der Wehrminister Hammarskjöld heute sein Rücktrittsangebot eingereicht.

#### Die Friedensverträge der Türkei.

Paris, 12. Mai. Welt Parisien erklärt, daß trotz des Widerstandes gegen das französisch-türkische und das türkisch-italienische Abkommen in der Nationalversammlung von Ankara die Ratifizierung des von Welt Sami Bey geschlossenen Abkommens auf gutem Wege ist.

#### Beabsichtigter Besuch des Königs der Belgier in England.

London, 10. Mai. Ähnlich wird gemeldet, daß der König der Belgier vom 4.-8. Juli ds. J. in England einen offiziellen Besuch abstaten wird.

#### Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

London, 12. Mai. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses würde auf der bevorstehenden Reichskonferenz erwogen werden. Er wane nicht, daß das Parlament eine Gelegenheit erhalten werde, diesen Vertrag vor seiner Erneuerung

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Nachrichten sind daher von bestem Erfolg.

Das Blatt, welches mit jeder Nummer einen Bericht über die Verhandlungen über die Aufnahme der Handelsbeziehungen enthält, ist ein wertvolles Dokument für die Geschichte der deutschen Wirtschaft.

Telegraphische Anzeigen: Geschäftsstelle Nagold, Postfach 1112, Stuttgart 5112.





